

12.02

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Geschätzte Herren Präsidenten! Kolleginnen und Kollegen! Werte Fernsehzuseher! Ich begrüße heute auch die SchülerInnen und PädagogInnen der Neuen Mittelschule Andau aus dem Burgenland auf der Besuchergalerie. Ein herzliches Willkommen hier im Saal! *(Allgemeiner Beifall.)*

In meinen weiteren Ausführungen beziehe ich mich auf den Rechnungshofbericht zum Themenbereich Finanzausgleich mit Schwerpunkt Ertragsanteile. Dieser Bericht umfasst zeitlich die Jahre 2009 bis 2013. Die Ertragsanteile sind, wie wir wissen, eine der Haupteinnahmequellen der meisten Gemeinden in Österreich. Der Bericht weist aus, dass über den abgestuften Bevölkerungsschlüssel im Jahr 2013 vom Bund insgesamt ein Betrag von 7,7 Milliarden € als Ertragsanteile an alle Gemeinden in Österreich überwiesen wurde.

Laut Rechnungshofbericht bekamen zum Beispiel die burgenländischen Gemeinden im Jahr 2013 einen Betrag von 697 € pro Hauptwohnsitz überwiesen. In Wien schlägt dieser Betrag mit 1 175 € zu Buche. Der Österreichschnitt liegt bei 918 €. Wir sehen an diesen Zahlen, dass sie sehr stark divergieren und unterschiedlich sind. Größere Gemeinden bekommen pro Kopf, pro Hauptwohnsitz prozentuell mehr vom Kuchen der Ertragsanteile überwiesen. Das ist meiner Meinung nach ungerecht. Wir dürfen nicht vergessen, dass kleinere Gemeinden in ländlichen Regionen ebenfalls sehr, sehr viel in die Aufrechterhaltung und in den Ausbau der Infrastruktur investieren müssen. Menschen, die in strukturschwächeren ländlichen Regionen wohnen, müssen dieselben Chancen und Möglichkeiten haben wie Menschen, die in städtischen Gebieten beheimatet sind.

Es wurde heute bereits angesprochen: 45 Prozent der österreichischen Gemeinden sind Abgangsgemeinden, die Tendenz diesbezüglich ist im Steigen begriffen. Auch das ist eine besondere Herausforderung für die Verhandlungen des neuen Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Als burgenländischer Kommunalpolitiker kann ich mich mit den gegenwärtigen Zuständen nicht zufriedengeben. Ich fordere daher inständig ein, dass zukünftig im neuen Finanzausgleich alle Menschen in Österreich gleichbehandelt werden müssen, gleich viel wert sein müssen, egal, ob sie zum Beispiel in Vorarlberg, im Burgenland oder in einem anderen Bundesland wohnen, leben und arbeiten. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Es wird zukünftig notwendig sein, Herr Kollege, dass es einen Sockelbetrag für alle Menschen gibt, einen Sockelbetrag, was die Hauptwohnsitze betrifft.

Naturgemäß ist es aber so, dass die Städte zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Verkehr auch sehr viele Aufgaben für die umliegenden Gemeinden übernehmen. Daher braucht es in einem neuen Finanzausgleich auch eine entsprechende finanzielle Aufgabendotierung für diesen besonderen Bereich.

Geschätzte Damen und Herren! Was ist das Wesentliche? – Letzten Endes geht es darum, dass die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit auch der kleineren Gemeinden in strukturschwächeren ländlichen Regionen gesichert werden muss. Das ist zugleich auch die große Herausforderung vor allem an Finanzminister Schelling, aber natürlich auch an das gesamte Verhandlungsteam.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte nun abschließend Noch-Rechnungshofpräsidenten Dr. Moser für seine Arbeit sehr herzlich danken. Herr Dr. Moser, ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute, weiterhin viel Erfolg, vor allem Gesundheit! – Ich danke allgemein für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

12.05

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Singer. – Bitte.